

# Zivilschutz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **71 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.04.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zivilschutzkader bieten Bundesrat die Stirn

**Über eine Interpellation, die von Ständerat Andreas Iten und sechs Mitunterzeichnern beim Bundesrat eingereicht wurde und mit Gründung der IG ZS 200X, einer Interessengemeinschaft für einen zukunftsorientierten Bevölkerungsschutz, setzen sich Kaderangehörige und vollamtliche Funktionäre des Zivilschutzes zur Wehr. Sie fordern vom Bundesrat eine offene und ehrliche Information über die angestrebte Reform des Zivilschutzes, Respekt vor demokratischen Spielregeln und die paritätische Mitwirkung des Zivilschutzes bei der Schaffung neuer sicherheitspolitischer Leitideen.**

Die Interpellation stellt unbequeme Fragen: Wie will der Bundesrat die herrschenden Informationsdefizite über die Zukunft des Zivilschutzes beseitigen? Welche Massnahmen sieht der Bundesrat bei Verstössen der Kantone und der Zivilschützer gegen die Vollzugsvorschriften vor? Strebt der Bundesrat eine Vereinheitlichung des Zivilschutzes an? Und, ist er bereit, die Zivilschutzorganisation im Sinne einer Vernehmlassung an der Neukonzipierung zu beteiligen? Auslöser der Interpellation sind Indiskretionen über die künftige Ausgestaltung des Bevölkerungsschutzes, die vermutlich gezielt über die Medien verbreitet wurden.

Nun hat sich ein breit abgestützter Kreis von Zivilschutzkader und vollamtlichen Funktionären des Zivilschutzes zur IG ZS 200X, Interessengemeinschaft für einen zukunftsorientierten Bevölkerungsschutz, gebildet. Diese will sich für einen zukunftsorientierten Bevölkerungsschutz, insbesondere für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Armee, Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und weiteren Organisationen einsetzen. Sie fordert vom Bundesrat die Möglichkeit, an der Entwicklung neuer sicherheitspolitischer Leitideen aktiv mitarbeiten zu können und will sich für die Zusammenarbeit mit allen interessierten Organisationen und Verbänden einsetzen. Nicht zuletzt fordert die IG ZS 200X eine offensive und ehrliche

Information des Bundesrates gegen innen und gegen aussen.

Ausgelöst wurde das Unbehagen der Zivilschutzkader durch Medienkommentare zu einem Referat von Brigadier Hans-Ulrich Ernst, der einen landesweiten Bestand von lediglich 30 000 Zivilschützern postulierte. Diese Berichte sind bis heute weder seitens des zuständigen Bundesamtes noch des Bundesrates dementiert worden. Vielmehr scheinen Äusserungen von Bundesrat Ogi, der seit der Fusion mit dem EMD auch für den Bevölkerungsschutz zuständig ist, die Vermutung zu bestätigen, dem Zivilschutz drohe das Aus. Befremden löste auch die Einsetzung der 42köpfigen Studienkommission für strategische Fragen aus, welche - ohne Vertreter des Zivilschutzes - über die künftige sicherheitspolitische Rolle des Bevölkerungsschutzes zu beraten hat. Die Kommission soll Leitideen für die künftigen sicherheitspolitischen Strukturen von Armee und Zivilschutz entwickeln. Diese werden bereits Anfang März der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Folgen dieser Verunsicherung sind gravierend: Verschiedene Kantone setzen ihre Sollbestände willkürlich fest, ungeachtet der eidgenössischen Vollzugsvorschriften. Andere Kantone verzichten bereits auf die Durchführung von Wiederholungskursen, und einzelne Zivilschutzorganisationen lassen diese gar von privaten Donatoren finanzieren.

Zivilschutzangehörige, die berufsbedingt ihren Wohnsitz vom einen Kanton in einen anderen verlegen, sind demotiviert, wenn sie feststellen, dass ihr Einsatz im neuen Kanton kaum mehr gefragt ist. Der Erhalt der milliardenschweren Zivilschutzinvestitionen der Kantone in Infrastruktur und Ausbildung ist ernsthaft gefährdet; der volkswirtschaftliche Schaden der daraus entstehen könnte, alarmiert die Zivilschutzkader auf kantonaler und gemeindlicher Ebene gleichermaßen. Da weder das Bundesamt für Zivilschutz noch der Bundesrat die Tragweite der Desinformation zu erkennen scheint, setzt sich die als Verein gegründete IG ZS 200X zur Wehr.

### Sonntags-Ente

nzz. Der Präsident der Studienkommission für strategische Fragen (SksF), Botschafter Edouard Brunner, hat Medienberichte über weitere Bestandesreduktionen bei Armee und Zivilschutz dementiert. Die genannten Zahlen stammten nicht aus der Kommission. Für die SksF sei auch die Neuauflage der Blauhelme kein Thema. Einerseits haben sich die Mitglieder der Strategiekommission zum Stillschweigen bezüglich der Debatten und der Dokumente verpflichtet. Andererseits habe die Kommission nie in ihren Diskussionen und Berichtsentwürfen Zahlen genannt, welche die Bestände von Armee oder Zivilschutz erreichen sollten. Solche Evaluationen seien klar ausserhalb des Auftrages der Kommission. Brunner nimmt deshalb an, dass die «Informationen» in der «SonntagsZeitung» nicht von einem Mitglied der Kommission stammen.